

K 571
1577

Kurzgefasste Gedächtnisstütze über die
am Samstag den 9. März 1957 im General-
sekretariat, Wien I., Kärntnerstr. 51
abgehaltene Besprechung mit den Landes-
hauptleuten über die Neugestaltung des

R u n d f u n k
- - - - -

- Anwesend: Bundeskanzler Ing. R a a b
Sekt.R.Dr. C e j k a
Landesrat G a m p e r
LH.Dr. G l e i s s n e r
LH. K l a u s
Landes-Stadthalter Dr. K o l b
Dr. L a s z l o
Sekt.Chef L o e b e n s t e i n
NR. Dr. M a l e t a
Sekt.Chef Dr. M e z n i k
Generalsekr.Stv.S c h e i d l
Dr. J.A. T z ö b l
LH.Stv.U d i e r

Vorsitz: Bundeskanzler R a a b

Der Bundesparteiobmann begrüsst die erschienenen
Landeshauptleute und leitet die Verhandlung mit der Fest-
stellung ein, dass über alle wichtigen Phasen der Beratun-
gen und der Parteienbesprechungen der Bundesparteileitung
Bericht erstattet wurde. Die Bundesparteileitung habe stets
die Berichte zur Kenntnis genommen. Es war daher befremdend,
als aus den westlichen Bundesländern nach und nach Protest
auf Protest einlangte, darunter sogar ein in höchster Öffent-
lichkeit zustandegekommener, nämlich der des Landtages von
Tirol.

NR. Dr. M a l e t a: Aus einer mir zugegangenen Zuschrift habe ich entnommen, dass die Polemik in den Bundesländern von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. In den Ländern hat man nämlich den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages diskutiert, dessen Wortlaut schon längst abgeändert worden ist.

LH. K l a u s erklärt: Bis zur Übertragung des Zuständigkeitsbereiches vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe an die Bundesregierung wurden die Landeshauptleute regelmässig unterrichtet und einer Besprechung zugezogen; nach dem Kompetenzwechsel war dies nicht mehr der Fall. Ob ich von falschen Voraussetzungen ausgegangen bin, weiss ich nicht. In meinen Händen ist nur die zweite Fassung des Entwurfes. Es wäre Aufgabe der Bundesparteileitung gewesen, die Landeshauptleute ständig über jede Veränderung des Entwurfes unterrichtet zu halten.

Die Bundesländer verlangen: eine kapitalmässige Beteiligung der Länder und eine Verankerung der Länder-Studios im Gesellschaftsvertrag.

Bundeskanzler R a a b: Unter diesen Umständen lege ich die Führung der Verhandlungen zurück. Es soll ein Dreier-Komitee gebildet werden und dieses soll die Verhandlungen neu aufnehmen. Ich werde Vizekanzler Schärff sagen, dass ich von den Landeshauptleuten ~~de~~avuiert worden bin und mich daher nicht mehr befugt fühle, die Parteien bei diesen Verhandlungen zu vertreten. (Die Erklärung des Kanzlers hat auf alle Anwesenden sehr starken und sichtlichen Eindruck gemacht.)

Mit völlig verändertem Ton erklärt sodann

LH. K l a u s: Die Verhandlungen müssen mit der bisherigen Verhandlungsspitze fortgesetzt werden; eine Niederlegung der Führung durch den Kanzler kommt nicht in Frage. Die Länder werden sich mit einer Mitsprache der Landeshauptleute bei der Bestellung der Landesintendanten zufrieden geben. Weiters sollen in den Ländern Programm-Beiräte geschaffen werden.

LH. Dr. Gleisner erklärt, die Finanzwirtschaft der Länder-Studios sei ihm nicht durchwegs bekannt; aber das Oberösterreichische Studio wirtschaftete gut. Die Jahres-Einnahmen 1956 an Hörerbeiträgen betragen 10 Millionen, andere Einnahmen 3 Millionen und für die Wunsch-Konzerte S 300.000.-. Erhalten hat aber das Studio von Wien lediglich 3 Millionen; die Zentrale hat also in Ober-Österreich ganz gut abgeschnitten.

Bundeskanzler R a a b: Das mag in dem einen Fall richtig sein, aber im grossen und ganzen herrscht im Rundfunk eine unerhörte Ausgabenwirtschaft. Der Bericht des Rechnungshofes sei erschütternd. Im übrigen habe ich in Erinnerung, dass Ober-Österreich nicht 3, sondern 8 Millionen bekommen hat.

Landesrat G a m p e r und

Stadthalter Dr. K o l b geben die Erklärung ab, die Länder Tirol und Vorarlberg sind bereit, die Sender in eigen^{er} Verwaltung zu übernehmen.

NR. Dr. M a l e t a ersucht die anwesenden Beamten zu prüfen, ob eine Möglichkeit bestehe, die Sicherstellung der Landes-Intendanten und die Einflussnahme der Landeshauptleute auf ihre Bestellung in der Geschäftsordnung festzulegen.

Sekt.Chef LOEBENSTEIN: Auf Grund der politischen Entscheidungen, die die Partei getroffen hat, ging unsere Absicht dahin, zu verhindern, dass ein Gesetz zustande kommt und eine privatrechtliche Gesellschaft errichtet wird.

Bundeskanzler R a a b wiederholt die Feststellung, dass über jeden Vorgang in der Bundesparteileitung berichtet worden ist.

Landesrat G a m p e r erklärt, Tirol bestehe auf einer finanziellen Beteiligung der Länder.

Sekt.Chef Dr. M e z n i k erwidert: Zu unserem Hauptziel gehöre es, die Errichtung einer Intendanz Wien zu verhindern, bzw. sie wieder abzuschaffen. Beteiligung der Länder und Errichtung der Wiener Intendanz ist offenbar bei den Sozialisten nicht durchzusetzen.

Sekt.Chef Loebenstein: Die Forderung der westlichen Bundesländer ist an sich berechtigt, aber sie ist politisch nicht -berechtigt durchsetzbar. Aber selbst wenn es uns gelingt, die Sozialisten umzustimmen, hätten wir nur politische Nachteile, denn die Sozialisten werden dann sofort - das hat Pittermann bereits erklärt - die Beteiligung auf der Seite des Bundes nach dem Schlüssel des Nationalrates, auf Seite der Länder aber nach dem Schlüssel der Hörerzahl verlangen; auch darf die Frage der Apports nicht übersehen werden.

Landesrat G a m p e r: Das Vermögen des Rundfunk ist teils deutsches Eigentum, das uns die Amerikaner geschenkt haben, teils besteht es aus Beiträgen, die von den Bewohnerⁿ der Länder eingezahlt worden sind. Das kann doch nicht einfach alles Bundeseigentum sein.

NR. Dr. M a l e t a: Pittermann hat kürzlich höhnisch erklärt, er werde nun Föderalist werden; dann fordert er aber alles Recht im entsprechenden Grössenverhältnis für Wien, was Vorarlberg für sich verlangt. Wir dürfen doch Wien und damit Niederösterreich und das Burgenland nicht an das Wiener Rathaus ausliefern.

Sekt.Chef. Dr. M e z n i k: für Verhandlungen zwecks Reorganisation und Beteiligung der Länder aufzutreten, führe zu kaum absehbaren Schwierigkeiten. Die Beamten müssen davor nachdrücklich warnen.

Lds.Stadthalter Dr. K o l b: Vorarlberg hat den Bericht in der Bundesparteileitung nicht einfach hingenommen, sondern LH. Ilg hat gegen das geplante Vorgehen Einspruch erhoben.

Dr. T z ö b l widerspricht dem. Als der Kanzler seinen Bericht erstattet hatte, meldete sich LH. Ilg zu Wort. Der Vorgang ist mir genau im Gedächtnis geblieben, weil es sich anders abgespielt hat, als ich erwartet habe. Ich dachte bei mir, jetzt gibt es Scherben und meinte, LH. Ilg werde nun jetzt sehr scharf loslegen. Zu meiner Überraschung erklärte LH. Ilg sehr ruhig und gelassen, die Lösung sei nicht erwünscht, aber wenn eine bessere nicht

durchsetzbar sei, dann müsse man sie eben zur Kenntnis nehmen. Es konnte niemand den Eindruck gewinnen, dass LH. Ilg mit seiner Erklärung einen Protest einlegen wollte.

NR. Dr. M a l e t a unterstreicht neuerdings die Verantwortung, die die Partei für das Bundesland Wien trägt. Wien ist heute nicht vertreten, aber wir können nicht aus Gruppen-Egoismus kleinerer Länder das grosse Gebiet von Wien und Niederösterreich, das 4/7 der Bewohnerschaft des Staates ausmacht, aufopfern.

Dr. L a s z l o: Auf der Bischofs-Konferenz war ungefähr ein gleiches Bild wie hier. Die Herren aus den westlichen/^{Bundes-}Ländern forderten sehr viel für sich, die aus den östlichen Bundesländern baten um Rücksicht auf Wien. Nach allem, was ich hier gehört habe, muss man doch trachten, den Gegenstand^{auch} von der Wiener Warte aus zu sehen und versuchen, einen Weg zu finden, der die Wünsche der westlichen Länder wenigstens teilweise erfüllt, der aber auf keinen Fall die Interessen der grossen Bevölkerungsmenge von Wien und Niederösterreich preisgibt.

Sekt. Chef. Dr. C e j k a: Wir sind ausgegangen von einem Gesellschaftskapital von 80 Millionen. Das ist eine willkürliche Schätzung, die von den Sozialisten nicht angenommen werden wird. In Wahrheit wird wegen der Grösse der Apports die Kapital-Summe bedeutend grösser sein müssen. Redner verliert sodann die Prozentsätze der Rundfunkteilnehmer und die Kapitalbeiträge, die die Länder aufbringen müssten.

Dr. T z ö b l Die Frage ist eine reine finanzielle Frage. Niemand wird die Teilnahme der Länder ablehnen, wenn sie in der Lage sind, tatsächlich Kapitalanteile zu erwerben. Das geht aber nur in der Weise, dass zunächst das vom Bund eingebrachte Vermögen ordnungsgemäss geschätzt wird und mit 50% des Kapitals beziffert wird. Die gleiche Summe müssen die Länder am besten nach dem Hörer-

schlüssel aufbringen. Ein anderer Schlüssel wird von den Sozialisten nicht akzeptiert werden. Die Vorstellung, dass der Finanzminister die Apports willkürlich bewerten kann, ist nicht richtig. Der Finanzminister kann nicht ein Vermögen, das der juristischen Person, der Republik Österreich gehört, also dem Bund, zur Hälfte an 9 andere juristische Personen, nämlich die 9 Bundesländer, verschenken, ohne Gefahr zu laufen, vor dem Verfassungsgerichtshof angeklagt zu werden.

Sekt. Chef Loebenstein gibt seiner Befürchtung Ausdruck, dass bei der Beteiligung der Länder die Sozialisten die Aufrechterhaltung der Intendanz Wien erzwingen werden, abgesehen davon, dass der Einfluss Wiens auf Grund der grossen Hörerzahl sehr empfindlich sein wird.

Dr. T z ö b l: Wir kommen jetzt in eine vollkommen falsche Beleuchtung; es sieht so aus, als sässen hier herüber, vom Herrn Kanzler angefangen, die Zentralisten und dort drüber die Föderalisten. Jeder von uns hier stammt auch aus einem Bundesland und wir sind gleichfalls Föderalisten. Niemand von uns ist mit der Lösung, wie wir erwarten können, zufrieden; aber eine bessere ist nicht zu erreichen. Das hat LH ILG sehr eindrucksvoll in der Bundesparteileitung zum Ausdruck gebracht und damit hat er erwiesen, dass er die Situation nüchtern und realpolitisch erfasst. Wir haben mit der Verfassungsgerichtshof-Klage unsere beste Waffe freiwillig aus der Hand gegeben. Die Bundesparteileitung hat davor nachdrücklichst gewarnt.

Bundeskanzler R a a b: Man muss die Dinge in ihrer Gesamtheit sehen. Auf Vorarlberg entfallen nur einige Prozent; aber was ist mit den grossen Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich?

LH. Dr. G l e i s s n e r fragt, wie sich Koref zur Beteiligung der Länder stellt; ob Wien etwas darüber bekannt ist? Bernaschek gebärdet sich sehr föderalistisch. Das ist in Oberösterreich sehr auffällig.

NR. Dr. M a l e t a: das ist leicht zu erklären. Das ist nichts

anderes als Schützenhilfe für die Aufrechterhaltung der Intendanz Wien.

LH. Dr. Gleissner: Wir fordern die Beteiligung der Bundesländer, weil wir glauben, dass wir ein Anrecht darauf haben mitzuwirken. Die Bundesländer sind in ihrer Art unbestreitbar wertvolle Kulturträger und kulturelle Individualitäten. Wir wollen daher eine entsprechende Vertretung in Generalversammlung und Aufsichtsrat, einen gesicherten Einfluss auf die Programmgestaltung und die Sicherheit der Aufrechterhaltung ~~und~~ unserer Intendanturen.

LH. Klaus: Die Länder sind bereit, ihre Forderungen weitgehend zurückzuschrauben. Aber die Erhaltung der Intendanten, die Bildung von Programmbeiräten in den Ländern und die Pflege der Einvernahme mit der Landesregierung bei der Bestellung der Intendanten ist unvermeidlich.

Sektionsrat Dr. Cejka: Die Einrichtung der Intendanten unter dem Namen Betriebsstätten in § 1, Absatz 2, des Gesellschaftsvertrages ist schon ermöglicht. In der Geschäftsordnung sind bereits ausführende Bestimmungen vorgesehen.

Dr. Loebeinstein: Die erste Entscheidung, die fällig ist, ist die, ob 5 oder nur 4 Vorstandsmitglieder bestellt werden. Erst dann, wenn diese Entscheidung getroffen ist, ist es möglich, die Geschäftseinteilung und die Bezeichnung der Ressorts vorzunehmen.

Bundeskanzler Ing. Raab: wirft die Frage des Generaldirektors auf und stellt die Person Dr. Czajka zur Diskussion.

Dr. Laszlo fragt, wie die weiteren Besetzungen aussehen. Man könne sich von kirchlicher Seite mit Czajka durchaus einverstanden erklären, wenn ihm ein weltanschaulich verlässlicher Mitarbeiter an die Seite

gestellt wird.

Bundeskanzler Ing. R a a b: Czeija hat nur die Aufgabe, dort Ordnung zu machen.

Generalsekretär-Stv. S c h e i d l: verweist darauf, dass H e n z unter dem Einfluss des Städt-rates F r e u n d steht.

Generalsekretär Dr. M a l e t a: Henz ist weltanschaulich sehr verlässlich, aber es ist zuzugeben, dass er nicht die erforderliche Durchschlagskraft besitzt.

LH. K l a u s: fordert, dass zur nächsten Parteienverhandlung auch zwei Ländervertreter der SPÖ berufen werden.

Dr. T z ö b l: Darauf hat die ÖVP keinen Einfluss. Es muss den Parteien belassen bleiben, wen sie entsenden wollen.

Bundeskanzler Ing. R a a b: hält es für das zweckmässigste, Henz zu pensionieren, damit er für sein künstlerisches Schaffen freigestellt wird.

Dr. L a s z l o: stimmt der Pensionierung zu, sie müsse aber so gewählt werden, dass Henz einen schönen Abgang hat.

LH. G l e i s s n e r: spricht sich gegen einen Wechsel in der Führung des Verhandlungskomitees aus. Er beantragt aber, Landeshauptmann K l a u s dem Komitee beizugeben. Das Komitee soll in der nächsten Sitzung die Beteiligung der Länder bei den Parteienverhandlungen am Gesellschaftskapital in Verhandlung ziehen.

Bundeskanzler Ing. R a a b: stimmt der Beiziehung Dr. Klaus' zu.

Dr. T z ö b l fragt an, was nun mit den bisherigen Ländervertretern K r a i n e r und G o r b a c h wird.

Es wird beschlossen, neben Klaus auch Dr. Gorbach beizuziehen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

